



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 29. November 2022
Kantonsratspräsident Born Rolf

A 745 Anfrage Schuler Josef und Mit. über die Belastungen unserer Böden mit giftigen Dioxinen / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Josef Schuler ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Josef Schuler: Dioxine sind organische Schadstoffe mit gesundheitsgefährdenden schwerabbaubaren Substanzen. Schwermetalle und Pestizide reichern sich im Boden an und gefährden dessen Fruchtbarkeit. Daher ist der Eintrag von gefährlichen Stoffen zu unterlassen. Wir haben ein Jahr auf die Antwort der Regierung gewartet und könnten nun sagen, auf etwas mehr oder weniger Zeit komme es nicht an, und man könne das Dioxin einfach im Boden belassen. Eine längerfristige Exposition gegenüber Dioxinen hat gemäss dem Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen negative Auswirkungen auf das Nerven-, Immun- und Hormonsystem und beeinträchtigt die Fortpflanzungsfähigkeit. Ausserdem können diese Substanzen Krebs verursachen. Genau deshalb können die Substanzen nicht einfach im Boden bleiben. In Lausanne wurden an verschiedenen Orten hohe Dioxinwerte im Boden festgestellt. Am höchsten sind die Werte im Zentrum, dort wurden bis 600 Nanogramm der Gifte pro Kilogramm Boden gemessen. Ab einem Wert von 20 Nanogramm gelten in der Schweiz Böden als potenziell gefährlich, ab einem Wert von 100 Nanogramm muss die Fläche saniert werden. Aufgrund des Katasters der belasteten Standorte und des Prüfperimeters Bodenverschiebung in Luzern sind rund 10 Prozent der Kantonsfläche mutmasslich chemisch belastet. Das entspricht einer Fläche der Gemeinden Escholzmatt oder Flühli. Aus der Antwort des Regierungsrates geht hervor, dass es bestimmte Gebiete gibt, die speziell beobachtet werden. Die Besitzer dieser Grundstücke und die Bewohner darauf und darum herum sind schon seit Jahren verunsichert, da sie nicht wissen, welchen Wert ihr Grundstück ausweist, wie und in welchem Umfang es belastet ist und wer allfällig für die Sanierung aufkommen soll. Im Wissen um die Gefährlichkeit von bestimmten Stoffen und um die möglichen Standorte müssten der Kataster und die Werte der Gifte im Boden ausgewiesen werden, und es müsste ein Monitoring stattfinden, damit rechtzeitig interveniert werden kann. Das fehlt zurzeit noch. Aus der Antwort der Regierung geht nicht hervor, bis wann Erkenntnisse zu erwarten sind und wie viele Standorte wie häufig kontrolliert werden, bevor weitere 40 Standorte geprüft werden. In der Antwort wird kein Hinweis auf den Schadstoffkataster des Kantons gemacht. Es wäre also ein Vorwissen vorhanden, auf das man zugreifen kann. Im Weiteren wird gesagt, dass der Grundeigentümer für die Beseitigung der Schäden zuständig sei, sofern der Verursacher nicht gefunden wird. Das ist eine grosse Hypothek, die an die Eigentümer und die kommende Generation weitergegeben wird. Ich glaube es ist unbestritten, dass die Untersuchung der Böden im Bereich von Verbrennungsanlagen schneller vorankommen sollte. Das schafft für die Grundeigentümer eine klare Sachlage, auch wenn das Resultat

vielleicht erschreckend ist. Für die Menschen, die in den genannten Gebieten von Luzern, Ebikon und Emmen leben, ist der Zustand der Ungewissheit alles andere als befriedigend. Aus der Antwort wird nicht ersichtlich, wie der Kanton die Bevölkerung über den Zustand der Untersuchungen informieren will und welche Massnahmen er ableitet, damit nicht weitere Böden belastet werden. In dieser Thematik braucht es eine progressive Informationspolitik, genügend Wille, eine langfristige Planung und ausreichend Finanzen. Ich frage mich, ob ich mich auf die Regierung verlassen kann oder ob ein Auftrag nötig ist.

Monique Frey: Ich bin doch etwas erstaunt, dass sich weder die anderen Fraktionen noch meine Ratskolleginnen und -kollegen aus Ebikon, Luzern und Emmen zu Wort gemeldet haben. Die Kehrichtverbrennungsanlage Ibach gibt es schon sehr lange, und sie war im letzten Jahrhundert wohl lange Zeit ohne Filter in Betrieb. Es ist fast zu 100 Prozent sicher, dass die Böden dort mit Dioxin belastet sind. Deshalb bin ich doch erstaunt, dass der Kanton dieses Thema auf die lange Bank schiebt. Seit einem Jahr warten wir auf die Antwort der Regierung auf diese Anfrage. Nicht nur die Kehrichtverbrennungsanlage hinterlässt Belastungen, es sind auch weitere Industrien dafür verantwortlich. Wenn diese Industrien keine Nachfolger finden, sind wir als Staat sowohl für die entsprechenden Sanierungen als auch die Kosten verantwortlich. Das sehen Sie mittlerweile auch auf Ihrer Steuererklärung. Etwas nicht zu analysieren, bringt auch keine Probleme zutage, so kommt es mir vor, wenn ich die Reaktion auf diesen Vorstoss sehe. Für die G/JG-Fraktion ist es wichtig, dass es mit den Analysen vorwärtsgeht, aber noch wichtiger ist, diese Standorte so schnell wie möglich zu sanieren. Wir sprechen immer davon, dass wir der nachfolgenden Generation keine Schulden hinterlassen wollen. Dies sollte auch auf die Bereiche Abfall und Entsorgung zutreffen, und deshalb sollte unsere Generation die entsprechenden Sanierungen vornehmen. Im «Magazin» des «Tages-Anzeigers» wurde erst kürzlich eine spannende Methode vorgestellt, wie belastete Böden saniert werden können. In Emmenbrücke findet eine entsprechende Untersuchung statt, wonach mit Pilzkulturen belastete Böden gereinigt werden sollen. Der Kanton könnte diesbezüglich einen Schritt vorwärtsgehen, solche Ideen unterstützen und als innovativer Forschungsstandort auftreten. Es scheint sich um eine sehr neue, grüne Methode zu handeln, um der bestehenden Problematik zu begegnen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Die Regierung hat die Frist für die Beantwortung des Vorstosses eingehalten, die Anfrage wurde am 7. Dezember 2021 eingereicht und am 7. Juni 2022 beantwortet, aber es ist Ihr Rat, der erst jetzt darüber diskutiert. Ich verweise auf die ausführliche Antwort der Anfrage. Ich möchte hervorheben, dass der Kanton aufgrund der festgestellten Belastungen in Lausanne weitere Abklärungen initiiert hat. Diese ersten Untersuchungen haben orientierenden Charakter und sollen den Bedarf an weiteren Abklärungen aufzeigen. Im Kanton Luzern gibt es einige räumlich begrenzte Bodenbelastungen. Diese Standorte sind systematisch im Kataster der belasteten Standorte erfasst. Weitere Böden, die mutmasslich chemisch belastet sind, sind im Prüfperimeter Bodenverschiebungen verzeichnet. Es ist auch eine Frage der Effizienz, wie wir nun vorgehen. Wir können nicht jeden Quadratmeter des Kantons nach Dioxin untersuchen. Darum erarbeiten wir ein Konzept, in welchem wir das Vorgehen festlegen. Ich lade Kantonsrat Josef Schuler gerne ein, für genauere Informationen mit der zuständigen Dienststelle Umwelt und Energie (Uwe) in Kontakt zu treten, bevor ein weiterer Vorstoss zu dieser Frage folgt.